

DP

Vorlage zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen

1. In Osteuropa ist einiges in Bewegung geraten und viele Menschen bei uns finden dafür eine große Sympathie.

Hoffnungen und Erwartungen beginnen auch in der DDR zu wachsen. Viele Bürger haben an Selbstbewußtsein gewonnen. Dennoch muß man feststellen, daß die Situation insgesamt immer noch von einem lähmendem Ohnmachtsgefühl beherrscht wird. Das zeigt sich daran, daß man zwar Veränderungen wünscht und erhofft, zugleich aber glaubt, selbst nichts tun zu können.

So warten viele darauf, daß die herrschende Partei sich ändert oder man wartet auf einen Mann wie Gorbatschow. Eine solche Haltung aber bleibt im Passiven und spricht sich eine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für diese, unsere Wirklichkeit ab. Doch auch, und gerade wenn die Partei sich ändert, braucht es Bürger, die selbständig ihre Verantwortung für unsere Wirklichkeit erkennen und bereit sind, sie wahrzunehmen.

Die Zeit drängt!

Und nicht nur, weil die Ungeduld wächst. Solange nichts Grundlegendes gegen die Widersprüche und Negativentwicklungen in unserem Land getan wird, geht mehr und mehr Unwiederbringliches verloren. Die Zehntausende, die enttäuscht das Land verlassen, können hier nichts mehr tun und verstärken die Resignation der Zurückgebliebenen.

Was an natürlichen Lebensbedingungen und Ressourcen aufgebraucht oder zerstört ist, läßt sich nicht ohne weiteres wieder herstellen. Wir leben von der Substanz und damit auf Kosten unserer Kinder. Wir verlieren mehr und mehr den Reichtum unseres geschichtlichen Erbes und damit unsere Identität.

Strukturen organisierter Verantwortungslosigkeit zerstören die moralischen Grundlagen und die Bereitschaft, Risiken für selbstverantwortetes Handeln in Gesellschaft und Staat auf sich zu nehmen.

Es bedarf heute grundlegender Bemühungen vieler, um die Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, die für einen Demokratisierungsprozeß erforderlich sind.

Markus Meißel
3 107 Niederndodeleben
Walter-Rathenau-Str. 19

Tel. 377

Rothar Tautz
Nicolaistraße 4
4850 Weißentfels
Tel. 2082

2. Unsere Gesellschaft wird durch den absoluten Wahrheitsanspruch und Machtanspruch der SED bestimmt, auf den hin alle Verhältnisse in Staat und Gesellschaft geordnet sind. Die Kluft zwischen ideologischem Anspruch und Wirklichkeit tritt jedoch immer klarer hervor.

Die notwendige Demokratisierung unseres Landes hat die grundsätzliche Bestreitung eines solchen absoluten Wahrheits- und Machtanspruchs zur Voraussetzung. Dazu gehört eine offene geistige Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Stalinismus und seiner Ausprägung in Geschichte und Gegenwart der DDR.

3. Die Demokratisierung unserer Gesellschaft bedarf grundlegender programmatischer Bemühungen und solcher Bürger, die die dafür notwendige Kompetenz mitbringen bzw. gewinnen. Hier ergibt sich ein besonders schwieriges Problem, denn das Ziel jahrzehntelanger Kaderpolitik der SED war es, geistige und politische Kompetenz außerhalb des Personenkreises derer, die zu Loyalitätserklärungen bereit waren, zu verhindern.

Angesichts dieser Lage halten wir folgende Bemühungen für notwendig:

a) Die Erarbeitung einer politischen Alternative für unser Land, die an politische Traditionen anknüpft, die an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert sind. Zu diesen Traditionen gehört an wichtiger Stelle die des Sozialismus. Dieser ist durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte weitgehend diskreditiert worden. Angesichts der heutigen Situation im sozialistischen Lager ist es einfach nicht mehr angebar, welche ökonomischen und politischen Strukturen der Vision des Sozialismus entsprechen könnten.

Um hier nach neuen Wegen zu suchen, bedarf es der schonungslos kritischen Bestandsaufnahme der geistigen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation unsres Landes.

b) Die Herstellung und Entfaltung einer politischen Öffentlichkeit, in der über geistige und politische Ziele und Wege in unsrem Land gestritten werden kann.

Eine wichtige Aufgabe ist es, das Gefühl von Verantwortung und Zuständigkeit der Bürger über Verhältnisse in unserem Land zu stärken und zu wecken und dazu zu ermuntern, sich Kompetenz zu erwerben, die gesellschaftliche Wirklichkeit aktiv mitzugestalten.

Wir brauchen Bürger, die willens und in der Lage sind, in einem demokratischen Gemeinwesen politische Macht zu kontrollieren und auch auszuüben, und die in der Sphäre der Gesellschaft ihr Leben selbstverantwortlich gestalten.

4. Politische Existenz und politisches Handeln bedürfen der Gemeinschaft an demokratischen Organisationsformen, in denen die Interessen und der politische Wille der in ihr Verbundenen sich entfalten und zur Geltung gebracht werden können. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Vereine, Bürgerinitiativen, demokratische Bewegungen, Parteien und Organisationen, Gewerkschaften etc. Ohne derartige politische Organisationen ist ein demokratisches Gemeinwesen nicht möglich. Auf Grund der Tatsache, daß die politischen Parteien und Organisationen in unserem Land diese Aufgabe zur Zeit nicht erfüllen, ist es notwendig, daß es zur Entfaltung dieser Möglichkeiten und zu Neugründungen kommt.

5) Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unserer Gesellschaft die Gründung einer sozialdemokratischen Partei für wichtig.

Wir wissen, daß dies zur Zeit legal nicht möglich ist. Deshalb machen wir den Vorschlag, eine Initiativgruppe zu bilden, die für die Voraussetzungen einer legalen Parteigründung und ihre Vorbereitung arbeitet.

6) Ziel: Eine ökologisch orientierte soziale Demokratie. Das Grundprinzip demokratischer Erneuerung heißt Entmonopolisierung und Demokratisierung der Macht in Staat und Gesellschaft. Das bedeutet nicht die Aufhebung des Staates und seines Gewaltmonopols, sondern demokratische Kontrolle der einzelnen, mit klar begrenzten Kompetenzen ausgestatteten staatlichen Institutionen. Das erfordert eine möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft und entsprechende Strukturen im Aufbau des Staates, das heißt, eine Gliederung des Staates in selbständige und selbstverantwortliche Substrukturen. Aufgabe des Staates ist es,

- die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
 - den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.
- Allen Monopolisierungen in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten insofern sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger

beeinträchtigen und verhindern. Für die Wirtschaft bedeutet dies u.a. strikte Antimonopolkontrolle (auch im Blick auf den staatlichen Sektor). Unvermeidbare Monopole bedürfen strengster demokratischer Kontrolle und der Überprüfung ökonomischer Effizienz.

7. Stichworte zum Programm

a) Zur Ordnung von Staat und Gesellschaft

- Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung
- Parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität
- Sozialstaat mit ökologischer Orientierung
- Relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Kreise, Städte und Kommunen (finanziell, wirtschaftlich, kulturell)
- Soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht
- Demokratisierung der Struktur des Wirtschaftslebens und anderer durch betriebliche Mitbestimmung
- Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften (mit freiwilliger Zugehörigkeit und gleichberechtigter Privatwirtschaft)
- Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht
- strikte Religions- und Gewissensfreiheit
- Gleichberechtigung und ~~Partizipation~~ ~~der Frauen~~
- Vereinigungs- und ~~öffentliche~~ Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Organisationen
- freie Presse und Zugang zu den elektronischen Medien für alle demokratischen Organisationen
- Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge

b) Zur Außenpolitik

- Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.
- Besondere Beziehungen zur BRD auf Grund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung.
- Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebietes der DDR
- Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der Warschauer Vertrag und NATO überflüssig sind.
- Erweiterter und gerechter Handel mit den am wenigsten entwickelten Ländern orientiert an deren Bedürfnissen.
- Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten.